

## „We can't breathe“

Die Last von Rassismus und Spaltung in den USA

Sabine Ruß-Sattar

Ich bekomme keine Luft mehr“ – mehr als 20 Mal ist dieses verzweifelte Stöhnen im Handyvideo vom brutalen Polizeieinsatz gegen den Afroamerikaner George Floyd in Minneapolis am 25. Mai 2020 zu hören. Nach 8 Minuten und 46 Sekunden verstummt er und stirbt. Diese Grausamkeit löste in den USA eine breite Mobilisierung gegen Rassismus und Polizeigewalt aus.

Nie zuvor in der Geschichte der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung hat es so große und so divers zusammengesetzte Demonstrationszüge in allen Landesteilen und in derart vielen großen wie kleinen Städten gegeben. „I can't breathe“ wurde in den USA und in vielen Ländern zum Kampfruf von Millionen. Der schockierende Gewaltakt konfrontierte alle Welt mit der Fratze des Rassismus, den weiße US-Bürger zuvor nur am Rande wahrgenommen hatten. Die Diskriminierung von Afroamerikanern lag oft außerhalb der eigenen lebensweltlichen Erfahrung und ließ sich verdrängen, da weiße US-Bürger häufig in anderen Vierteln mit besserer Infrastruktur wohnen als die Mehrheit ihrer afroamerikanischen oder hispanischen Mitbürger und ihre Kinder oft in andere Schulen gehen. Bezeichnend ist, dass sich laut einer vom Siena College Research Institute (SCRI) in der letzten Juniwoche 2020 durchgeführten Umfrage 51 Prozent der weißen New Yorker sicherer fühlen, wenn sie Polizei sehen, aber nur 13 Prozent der schwarzen New Yorker; 46 Prozent fühlen sich sogar unsicherer.

Das offensichtliche Unrecht gegenüber George Floyd wurde vor dem Hintergrund der in der Covid-19-Pandemie verstärkt hervortretenden sozioökonomischen Ungleichheiten zwischen den ethnischen Gruppen noch unerträglicher. Die strukturelle Benachteiligung von nicht-weißen US-Bürgern zeigt sich seit März nicht nur in höheren Arbeitslosenzahlen, sondern auch in der deutlich höheren Anzahl von durch Covid-19 bedingten Todesfällen. Diese Bevölkerungsgruppen sind in schlecht bezahlten Berufen mit wenigen Möglichkeiten zum Abstandwahren genauso überrepräsentiert wie bei der Unterversicherung in den Krankenkassen.



## Veränderte Wahrnehmung in den USA

Die entfachte Rassismus-Debatte hat die gesellschaftliche Wahrnehmung merklich verändert. In einer im Juli für den Nachrichtensender NBC und das *Wall Street Journal* durchgeführten Umfrage erklärten 57 Prozent, sie seien sich jetzt stärker der Ungleichbehandlung in den USA bewusst. Eine gegenüber den Vorjahren deutlich höhere Anzahl von Menschen hatte Verständnis für die zuvor meist als skandalös empfundene Protestgeste von Colin Kaepernick: Der Quarterback des Football-Teams San Francisco 49ers kniete 2016 beim Abspielen der Nationalhymne nieder, weil er sich nicht für ein Land erheben wollte, das Schwarze unterdrückt. Bei den Märschen gegen Rassismus im Sommer 2020 wurde der Kniefall zur symbolischen Geste, die immer wieder als Zeichen der Solidarität auch von Polizisten zu sehen war. Nun waren es nicht einzelne Sportler, die protestierten: Die wichtigsten Sportligen der USA, allen voran die National Basketball Association (NBA), sagten aus Protest gegen Rassismus Spiele ab.

Auch die Unterstützung für das bereits 2013 von drei Frauen in Reaktion auf den Freispruch des Mörders des Jugendlichen Trayvon Martin gegründete Bewegungsnetzwerk *Black Lives Matter* (BLM) nahm nach der Tötung Floyds sprunghaft zu. *Black Lives Matter* steht heute für die neue Generation der Bürgerrechtsbewegung. Ihr Slogan findet sich überall, sei es als riesiger gelber Schriftzug auf der 16. Straße von Washington D.C.

in unmittelbarer Nähe des Weißen Hauses, sei es als handgemalte Schilder in den Fenstern und Vorgärten der Suburbs. Nicht nur Privatleute solidarisierten sich mit BLM, auch US-Konzerne wie Facebook, Nike, Reebok, J.P. Morgan, Netflix und Disney versprachen Unterstützung für antirassistische Organisationen. Wieviel davon nachhaltig ist und auch den Willen zur Selbstkorrektur beinhaltet, und wieviel rein strategische Kommunikation mit Blick auf die konsumstarke Alterskohorte der so genannten *millennials* darstellt, die bei den Demonstrationen besonders stark engagiert ist, muss sich noch herausstellen.

### Präsidentswahlen und Kulturkampf

Obschon die Diskriminierung von Afroamerikanern zum Teil der politischen Tagesordnung wurde, sind die weiteren politischen Schritte umstritten; es gibt keinen Konsens in der Frage, ob es sich um ein systemisches Problem handelt. In zwei Bereichen haben die Proteste zwar einzelne Erfolge erzielt, aber zugleich auch eine politische Gegenmobilisierung ausgelöst: Dies betrifft zum einen die Erinnerungspolitik und das Gedenken an Sklaverei und Bürgerkrieg, zum anderen die Forderung *defund the police*, die eine grundsätzliche Umorientierung der Politik von repressiven zu verteilenden Maßnahmen wie kommunalen Sozialdiensten meint und zum Beispiel in New York bereits eine Polizeireform angestoßen hat. Im Kongress wurde im Juni unter dem Titel „George Floyd Justice in Policing“ von den Demokraten ein Gesetzesentwurf zur Polizeireform vorgelegt, der unter anderem eine einfachere Strafverfolgung für das Fehlverhalten von Polizisten vorsieht.

Die politischen Rahmenbedingungen für die von der Antirassismusbewegung geforderte gesellschaftliche Umkehr in Politik wie Erinnerungspolitik sind jedoch ungünstig. Die Parteipolitik ist polarisiert wie nie zuvor und Präsident Trump stilisiert die Präsidentswahlen zum Kulturkampf. So hielt er am Vorabend des US-amerikanischen Unabhängigkeitstages vor der patriotischen Kulisse von Mount Rushmore eine Rede, in der er sich als Verteidiger des nationalen Erbes inszenierte und sagte: „Wütende Mobs versuchen die Statuen unserer Gründerväter zu stürzen, unsere heiligsten Denkmäler zu entstellen und eine Welle des Verbrechens in unsere Städte zu tragen. (...) Täuscht Euch nicht: Diese linke Kulturrevolution ist darauf angelegt, die Amerikanische Revolution rückgängig zu machen.“

## Angst vor sozialen Unruhen als Wahlhelfer Trumps?

Auch 100 Tage nach der Tötung George Floyds ist kein Ende der Proteste und Unruhen abzusehen und ebenso wenig ein Ende der Polizeigewalt. Präsident Trump nutzt die Gelegenheit und fokussiert seine Wahlkampfstrategie auf das Thema *law and order*. Anfang Juni hatte er bereits Bundesstaaten und Städten angedroht, er werde auf Grundlage des *Insurrection Acts* von 1807 die Armee bzw. die Militärpolizei im Inland einsetzen, falls die Unruhen andauerten – ein Vorschlag, der von Militärkreisen als Missbrauch der Armee kritisiert wurde. Zur gleichen Zeit hatte Trump mit Blendgranaten und Tränengas Demonstranten aus der Nähe des Weißen Hauses vertreiben lassen. Amnesty International dokumentierte in seinem am 4. August veröffentlichten Bericht „The World is Watching“, dass es während der Straßenproteste zu massiven Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei gekommen war.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Trumps Taktik aufgeht und die Angst vor sozialen Unruhen ihm Wähler zutreibt, die er wegen seiner erratischen Covid-19-Politik schon fast verloren hatte. Am Ende dieses Sommers des Aufstands gegen Rassismus droht nun ein weiterer Verlust an freiheitlich-demokratischer Kultur in den USA. 🌐

*Washington D.C., 14. September 2020*

**Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar**

geb. 1962, Professur für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Kassel, Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

[sruss@uni-kassel.de](mailto:sruss@uni-kassel.de)

